

**DIE GROSSE KLIMAWETTE**

**Banken hoffen auf den Emissionshandel**

Großbanken investieren in Kohlekraftwerke, Ölförderung und andere Klimakiller. Zugleich bereiten sie sich aber darauf vor, am Klimaschutz mitzuverdienen. So brüstet sich die Deutsche Bank z.B. unter dem Slogan „Banking on Green“, einen Spitzenplatz im globalen Handel mit Emissionszertifikaten einzunehmen. Auch Commerzbank und Goldman Sachs sind leidenschaftliche Befürworter des Emissionshandels.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Leider legen die Erfahrungen mit dem so genannten Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls bedenkliche Entwicklungen nahe. Über den CDM sollen Unternehmen aus Industrieländern in Entwicklungsländern Klimaschutzprojekte durchführen können und sich die Emissionsreduktionen zu Hause gutschreiben lassen. So ließen sich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Investitionen von Nord nach Süd, ebenso ein Transfer grüner Technologie, und schließlich der Aufbau klimafreundlicher Strukturen im Süden. Der Haken: Es funktioniert nicht. Ein drastisches Beispiel: Das Gas HFC-23 entsteht bei der Herstellung von Kühlmitteln. Da es 11.700-mal so klimawirksam wie CO<sub>2</sub> ist, lassen sich viele Klimazertifikate generieren, wenn seine Freisetzung durch neue – relativ günstigere – Technologien verhindert wird. Welch ein Anreiz, eine Kühlmittelfabrik zu bauen, sie auf grüne Technologien umzurüsten, dafür Klimazertifikate einzustreichen und diese für viel Geld auf dem europäischen Markt zu verkaufen! Ganz wenige HFC-23 Projekte im gesamten CDM generieren mehr als die Hälfte aller Zertifikate. Die Deutsche Bank ist durch ihre Beteiligung an der chinesischen Kühlmittelfirma Zhejiang Juhua vorn mit dabei. Zwar liegt der Fehler wieder mal im System, doch die Banken nutzen solche Fehler aktiv, um daraus Profit zu schlagen.

Die Banken setzen auf einen umfassenden Emissionshandel in der Zukunft und bereiten sich auf einen Markt für Emissionsderivate vor – der selben Form von Finanzprodukten, die die Hypothekenkrise überhaupt erst möglich machte. Dort würden Emissionszertifikate dann zu Indizes gebündelt, auf deren Entwicklung wieder spekuliert werden kann. Ein lukratives Geschäftsfeld für Banken. Wenn aber dadurch ähnliche Preisschwankungen wie auf dem Nahrungsmittelmarkt entstehen, wird die Zukunft des Klimaschutzes vollends unplanbar.

CHRIS METHMANN

VON BARBARA HAPPE, BERLIN

Die größte deutsche Bank präsentiert sich gern als Musterschülerin in Sachen Umwelt- und Menschenrechtsschutz. Kein anderes deutsches Bankhaus hat derart viele unverbindliche (!) Nachhaltigkeitsklärungen unterzeichnet wie die Deutsche Bank.

Die Wirklichkeit hinter der grün und sozial glitzernden Fassade sieht jedoch anders aus: Die Deutsche Bank vergibt Unternehmensanleihen an Atomkonzerne und Waffenproduzenten und finanziert einige der größten Umweltzerstörer weltweit. Sie nutzt ihre Position als größte deutsche Bank, um Geschäfte zu tätigen, die bei anderen Finanzinstitutionen längst auf dem Index stehen.

**Beispiel Atom:**

Mit der Unterzeichnung des Appells „Mut und Realismus für

Deutschlands Energiezukunft“ outete sich Deutsche-Bank-Chef Ackermann in der vergangenen Woche einmal mehr als Atomlobbyist. Das schlägt sich auch im Portfolio seiner Bank nieder. Sie hat das gesamte Programm der Nuklear-Branche im Angebot: vom Uranabbau bis hin zu Geschäften mit Firmen, die Uranwaffen herstellen.

**Menschenrechtsverletzungen der Deutschen Bank:**

[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)  
[www.bank-secrets.de](http://www.bank-secrets.de)  
[www.nuclearbanks.org](http://www.nuclearbanks.org)

Zu ihren Unternehmenskunden zählen alle international führenden Atomkonzerne. Aktuelle Recherchen von Umweltorganisationen zufolge gehört die Deutsche Bank international zu den Top Ten der radioaktivsten Banken. Die unkontrollierbaren Risiken dieser Technologie scheinen den deutschen Bankenprimus nicht zu interessieren.

**Beispiel Streumunition:**

Die Deutsche Bank wolle, so Ackermann, „ausdrücklich in keinerlei Transaktionen mit Personen-Landminen, Streubomben oder ABC-Waffen involviert sein“. Nach aktuellen Recherchen unterhält sie jedoch Geschäftsbeziehungen zu führenden Streubombenherstellern wie Textron und

Singapore Technologies Engineering, die von vielen anderen Finanzdienstleistern keine Unterstützung mehr erhalten. Streubomben sind international geächtet. Ein erheblicher Prozentsatz der Sprengsätze explodiert nicht beim Einsatz, sondern verbleibt als tickende Zeitbombe. Etwa 100.000 Opfer hat Streumunition bis heute geordert: 98 Prozent der regist-

rierten Opfer stammen aus der Zivilbevölkerung, 27 Prozent davon sind Kinder.

**Beispiel Vedanta:**

Zu den besonders fragwürdigen Kunden der Deutschen Bank zählt das britische Bergbaunternehmen Vedanta. Der Konzern ist bekannt dafür, dass er weltweit außerhalb der Gesetzgebung agiert. Die indische Vedanta-Tochter Sterlite Industries übergibt alle Vorgaben der indischen Umwelt- und Indigenschutzgesetzgebung – von Waldzerstörung über Gewässerverschmutzung bis hin zu Vertreibungen – um in der Provinz Orissa eine Aluminiumhütte zu errichten. Für die Versorgung der Aluminiumhütte mit Bauxit scheut sie nicht vor der Zerstörung indigener Heiligtümer und Kulturstätten zurück. Während andere Finanzdienstleister Vedanta aus ihrem Portfolio gestrichen haben, hält die Deutsche

Bank weiter an diesem Skandalkunden fest.

Diese Beispiele aus der derzeitigen Finanzierungspraxis belegen, dass der Deutsche Bank primus bei der Wahl seiner Kunden keine Skrupel kennt und auch den schwärzesten Schafen eine Finanzierung bereitstellt. Mit einem derartigen Geschäftsverhalten, bei dem Menschenrechts- und Umweltbelange ehrgeligen Renditezielen geopfert werden, wird es der Deutschen Bank nicht gelingen, das in der Finanzkrise verloren gegangene Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen.

Es ist höchste Zeit, dass die Deutsche Bank ihren ehren Worten auch Taten folgen lässt! Weg von Atom- und Waffenfinanzierungen und hin zu einer Bank mit Gewissen und praktischen Grundwerten.

BARBARA HAPPE IST MITARBEITERIN VON URGEWALD.



Foto: Environmental Protection Group Orissa

**Raubbau gestoppt**

Gute Nachrichten für das Bergvolk der Dongria Kondh: Das indische Umweltministerium hat entschieden, dass der britische Bergbaukonzern Vedanta kein Bauxit am heiligen Berg Niyamgiri abbauen darf.

**Die Proteste gegen das Projekt zeigen Wirkung.**

Die Deutsche Bank unterstützte den Bergbaukonzern mehrfach mit Anleihen in Millionenhöhe. Für die Aluminiumproduktion werden immer wieder Menschenrechte verletzt.



Für die einen:  
ihr Essen

Für uns:  
reine Spekulation

■ Wir waren unter den ersten, die von unsicheren Immobilien auf sichere Lebensmittel umgestiegen sind. Begreifen auch Sie das Hungern einer Milliarde Menschen als Ihre Chance!

■ Drei der fünf letzten US-Finanzminister kamen von Goldman Sachs. Vertrauen auch Sie uns.

Goldman Sachs

Beyond democracy.

**Landgrabbing: Spekulanten gieren nach Land**

Getreidepreise und Ackerland in der Gewalt der Finanzmärkte

VON EVELYN BAHN, BERLIN

An den Warenterminbörsen herrscht beste Stimmung: Mit dem Feuer in Russland, der Rekordhitze in Mittel- und Osteuropa und den Überschwemmungen schießen die Getreidepreise in die Höhe. Dabei ist die Preisexplosion hausgemacht und hat wenig mit dem tatsächlichen Angebot von Getreide zu tun. Börsenzocker haben die Preise um zeitweise über 50 Prozent ansteigen lassen. Seit dem Platzen der US-Immobilienblase und der globalen Finanzmarktkrise sind Agrarrohstoffe ins Visier von Spekulanten geraten. Doch nicht nur mit den Nahrungsmitteln selbst wird gezoxt, auch das Geschäft mit Ackerland verspricht eine attraktive Rendite.

Allein zwischen den Jahren 2006 und 2009 wurden nach Schätzungen der Organisation GRAIN zirka 50 Millionen Hektar Land in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet. Verhandlungen über zehn bis 30 Prozent des weltweit verfügbaren Ackerlandes sollen derzeit laufen. Die Investoren aus China, den Golfstaaten, Europa und den USA wollen Nahrungsmittel und Energiepflanzen für den

Export beziehungsweise unmittelbar für die eigene Nahrungs- und Energiesicherung anbauen oder nutzen das Land schlichtweg als Spekulationsobjekt. Ein Beispiel ist der „African Land Fund“ mit Sitz in England, der seit 2008 mehr als 150.000 Hektar Land in 15 Staaten im südlichen Afrika unter seine Kontrolle gebracht hat. Viele dieser Staaten haben ein ernsthaftes Hungerproblem; die Menschen sind auf den Zugang zu Land angewiesen, um überleben zu können. Doch darüber schweigen die Werbevideos des Fonds, die den Anlegern Renditen von 25 Prozent jährlich versprechen.

Auch das Hamburger Investmenthaus Aquila Capital mischt im globalen Poker um Ackerland mit. Aquila kanalisiert über eine luxemburgische Firma das Geld betuchter Anleger in Ackerland in den brasilianischen Cerrados. Auf 250.000 Hektar Land sollen Zuckerrohrplantagen für die Ethanolproduktion sowie Weidflächen für die Rindviehhaltung entstehen. Das Investmentunternehmen rechnet dabei mit einer „hohen und sofortigen Wertsteigerung des Landes“.

Während die Investoren mit den Landgeschäften ihre Gewinne maximieren, zeichnet

sich bereits ab, dass die lokale Bevölkerung der Verlierer ist. Leidtragende sind insbesondere Kleinbauern, Hirten, Fischer, Landarbeiter und Nomaden. Die Menschen verlieren durch die Land-Deals den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser und stürzen in die Armut.

Vielleicht hält sich deshalb die Deutsche-Bank-Gruppe bedeckt, wenn es um ihre Investitionen in Agrarflächen geht. Im Portfolio der DWS Investment, die zur Deutschen-Bank-Gruppe gehört, findet sich jedoch ein Fonds, der dem Namen nach in Land investiert. Doch Recherchen zum „Global Agricultural Land & Opportunities Fund“ enden auf einer Webseite, für die ein Passwort benötigt wird. Auch die Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen (BaFin) hat keine Informationen, in welchen Ländern der Fonds Ackerland aufgekauft hat und verweist darauf, dass er auf den Cayman Islands aufgelegt worden ist. Und die DWS selbst möchte keine Auskunft über mögliche Anlagestrategien in Afrika geben – vielleicht um negative Schlagzeilen zu verhindern?

EVELYN BAHN ARBEITET BEI DEM NETZWERK ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN INKOTA.